

EINLEITUNG

Eberhard Demm

1. Inhaltlicher Teil

Alfred Weber kommt aus der Tradition des politischen Liberalismus. Bereits seinem Elternhaus verdankte er entscheidende Impulse. Sein Vater, Max Weber sen., war nationalliberaler Stadtrat in Charlottenburg bei Berlin und zeitweise Abgeordneter seiner Partei im Reichstag bzw. im Preußischen Abgeordnetenhaus, die Mutter Helene stand dem Evangelisch-Sozialen Kongreß und dem National-Sozialen Verein nahe. Die politischen Mentoren des jungen Alfred – der protestantische Pfarrer Friedrich Naumann und der Berliner Universitätsprofessor Theodor Mommsen – gehörten zum linksliberalen Lager. Besonders Mommsens Kampf gegen den wilhelminischen Untertanengeist und für eine freie selbstbestimmte Persönlichkeitsentfaltung hat Weber entscheidend geprägt (Weber, Mommsen, in: AWG 8; Demm 1990a, S. 30 ff.).

Trotzdem blieb Webers politisches Engagement im Kaiserreich bestehen. Er unterstützte Friedrich Naumanns National-Sozialen Verein, schloß sich aber nach dessen Auflösung im Jahre 1903 im wilhelminischen Deutschland keiner politischen Partei mehr an. Die erst posthum veröffentlichten Reflexionen „Politische Gedanken“ (A I, 1) – Webers erste politische Stellungnahme – zeigen seine ganze Enttäuschung über das Scheitern Naumanns und die Schwäche des Liberalismus, dokumentieren aber zugleich sein politisches Credo, das wie Naumann liberale und soziale Ziele verband (Demm 1990a, S. 31 f.). Viel später, nach dem Zweiten Weltkrieg, suchte Weber seine politische Zurückhaltung zu rechtfertigen und schrieb 1947 in einem Lebenslauf, daß „eine eigentliche politische Laufbahn im dem jetzt herrschenden Scheinkonstitutionalismus sinnlos war“ (ebd., S. 83.). Die Verfassung des Kaiserreiches war in der Tat noch stark vom monarchischen Prinzip geprägt: Der Reichskanzler wurde nicht vom Parlament gewählt, sondern selbstherrlich vom Kaiser ernannt und entlassen, die Regierung bestand aus Karrierebeamten und nicht aus den Abgeordneten des Reichstages (Böckenförde 1972, S. 146 ff.). Weber forderte daher bereits 1907 die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches (A I, 2) und wurde dadurch in

eine scharfe Kontroverse mit seinem Habilitationsvater Gustav Schmoller verwickelt (Demm 1990a, S. 84 ff.), konnte aber mit seiner Stellungnahme auch Friedrich Naumann zum Eintreten für ein parlamentarisches System bewegen (Theiner 1983, S. 183 ff.; Demm 1990a, S. 84 ff.).

So beschränkte sich Weber auf eine eher honoratioren- und gelehrtenpolitische Tätigkeit in verschiedenen Vereinigungen wie dem „Verein für Sozialpolitik“, in dem er sich für die Emanzipation des Proletariats einsetzte (AWG, Bd. 5), oder auf den Deutschen Hochschullehrertagen, wo er für die Habilitation sozialdemokratischer Wissenschaftler und die Verbesserung der Situation der Privatdozenten stritt (A III; Demm 1990a, S. 74 ff.). Weber stand der Jugendbewegung nahe, unterstützte nachdrücklich reformpädagogische Bestrebungen, insbesondere von Seiten des Schulreformers Gustav Wyneken und verteidigte diesen gegen politisch motivierte Angriffe (A IV, 2-5; Demm 1990a, S. 127 ff.).

Von 1904 bis 1907 lehrte er an der Deutschen Universität Prag, wo er sich für liberale Ziele – Freidenkerbewegung, Freie Schule, Gleichberechtigung der Tschechen, Wahlreform – einsetzte und eng mit einem Kollegen, dem späteren tschechoslowakischen Staatspräsidenten Tomáš G. Masaryk, zusammenarbeitete (A II; A IV, 1; Demm 1990a, S. 45 ff.).

Im Ersten Weltkrieg begann eine neue Etappe von Webers politischem Engagement. Zunächst führte er eine Kompanie an der elsässischen Front und war von April 1916 bis zum Ende des Krieges persönlicher Referent des Staatssekretärs im Reichsschatzamt, Siegfried Grafen von Roedern. Bereits an der Front fand er die Zeit, sich mit einem Kriegszielprogramm und der Broschüre „Gedanken zur deutschen Sendung“ als einer der wichtigsten Vertreter der deutschen Kriegszieldiskussion zu profilieren (A V, 1-2; Demm 1986, S. 11 ff.; Demm 1988a, S. 5 ff.; Demm 1990a, S. 152 ff.). In Berlin konnte er in einem Kreis liberaler Politiker und Publizisten seine Vorstellungen weiter konkretisieren. Dabei analysierte er besonders die Spannungen zwischen dem Wunsch der Völker nach Selbstbestimmung und den Forderungen der modernen Wirtschaft nach der Schaffung von Großräumen. Der so geschaffene Kompromiß ist charakteristisch für die Konzeption der liberalen Imperialisten in Deutschland: Nach der Zerschlagung des Zarenreiches sollten in Mittel- und Osteuropa Satellitenstaaten geschaffen werden, die eine innere Autonomie genießen, politisch, ökonomisch und militärisch jedoch eng an die Supermacht Deutschland angeschlossen würden (Gottwald 1977, S. 184 ff.; Fischer 1984, S. 208 ff., 370 ff., 449 ff.). Weber versuchte, in Zusammenarbeit mit dem Deutschenbalten Friedrich von der Ropp, dem Organisator der Liga der russischen Fremdvölker, diese Mitteleuropakonzeption in Polen und besonders in Litauen, zu Ende des Krieges auch in der Ukraine und in Georgien, durchzusetzen (A V, 3-7, 9-12; Zetterberg 1978; Demm 1984, S. 16 ff.;

Demm 1986, S. 87 ff.). Gemeinsam mit einem liberalen Kreis um den badischen Thronfolger Prinz Max bemühte er sich Anfang 1918 vergeblich um einen Sonderfrieden mit England (A V, 8; Demm 1990b, S. 5 ff.). Die Revolution suchte Weber durch grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen aufzufangen (A V, 13; Luckemeyer 1973, S. 10 ff.; Gottschalk 1969, S. 115; Demm 1990a, S. 254 f.).

Nach dem Krieg, im November 1918, wurde er Mitbegründer und erster Vorsitzender der linksliberalen „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP) (Stephan 1973, S. 15 ff.; Demm 1990a, S. 256 ff.). Er wirkte bei der Redaktion des Gründungsaufrufs der Partei mit, schrieb einen Kommentar dazu (B III, 1-2; Demm 1990a, S. 257 ff.) und war einer der Hauptredner auf der ersten Großkundgebung der DDP in Berlin (B III, 4; Demm 1990a, S. 271 ff.). Auf Grund unüberlegter Äußerungen wurde er in eine Affäre mit den Industriellen Hugo Stinnes und August Thyssen verwickelt, die dazu führte, daß er bereits im Dezember 1918 seine Funktionen in der Partei zur Verfügung stellte (B III, 5; Demm 1990a, S. 274 ff.). Danach versuchte er vergeblich, ein weiteres Abgleiten der DDP nach rechts zu verhindern (B III, 6; Demm 1990a, S. 289; Demm 1999a, S. 169). Anfang 1924 redigierte er ein Programm für die ephemere „Republikanische Partei“ (B IV, 5; Demm 1990a, S. 290 ff.; Demm 1999a, S. 170, S. 197), unterstützte noch 1930 halbherzig den Zusammenschluß von DDP und „Jungdeutschem Orden“ zur Deutschen Staatspartei (B III, 7; Demm 1990, S. 289; Demm 1999a, S. 170), trat aber 1932 aus der Partei aus und rief zur Wahl des Zentrumskanzlers Heinrich Brüning als dem letzten Bollwerk der Demokratie auf (B IV, 14-15; Demm 1999a, S. 170.).

Webers Hauptwerk der politischen Theorie ist die 1925 veröffentlichte „Krise des modernen Staatsgedankens.“¹ Darin behandelte er u.a. ein grundsätzliches Strukturproblem der modernen Demokratie: die Spannung zwischen dem Freiheitsverlangen der breiten Masse und der Notwendigkeit einer starken und kompetenten Führung. Dies wird in der modernen Demokratie angelsächsischer Prägung durch das parlamentarische System der Repräsentation ausgeglichen, aber genau an diesem Punkt setzte einer der schärfsten Kritiker der Weimarer Republik, der antidemokratische Staatsrechtler Carl Schmitt ein. Er wertete den Parlamentarismus als eine „künstliche Maschine“, ein „Registriersystem geheimer Abstimmungen“ ab und stellte ihm die egalitäre Demokratie Rousseauscher Prägung gegenüber, die sich auf die Identität von Regierenden und Regierten berief und sich nach Schmitt auch in einer Diktatur verwirk-

¹ B I; zum folgenden Demm 1990a, S. 294 ff.; Demm 1993, S. 16 ff.; Lietzmann 1995, S. 144 ff.; Lietzmann 1997, S. 276 ff.; Demm 1998b, S. 147 ff.; Demm 1999a, S. 192 ff.; Demm 1999b.

lichen ließ (Schmitt 1923/1926, S. 35 ff., S. 41 ff., S. 46 ff.; vgl. Ulmen 1993, S. 360 ff.; Becker 1994). Bereits der Staatsrechtler Richard Thoma, Webers Kollege an der Universität Heidelberg, warf Schmitt vor, sich bei seiner Kritik des Weimarer Systems auf „gänzlich verschimmelte Demokratietheorien zu stützen“ (Thoma 1925/1971, S. 56). Weber bestritt ebenfalls die Theorie der radikalen Demokratie französischer Prägung und lehnte vor allem das Gleichheitspostulat ab. Er unterschied zwischen Führern und Geführten, zwischen Massen und großen Individuen im kulturellen wie im politischen Bereich (Weber, *Der produktive Geist*, AWG 8). Bereits in einem gegen Ende des Krieges veröffentlichten Artikel über „Die Bedeutung der geistigen Führer in Deutschland“ (B II, 1) stellte Weber dieses Problem zur Diskussion und zitierte kritische Äußerungen ausländischer Demokratietheoretiker wie Alexis de Tocqueville, Hippolyte Taine, Sydney Low und Moise Ostrogorski, die die oligarchischen Tendenzen in Parteien und Parlamenten hervorheben. Weber betonte, „daß bei aller Selbstbestimmung und aller Gleichheit der Rechte doch jedes politische Handeln zwangsläufig durch ‘Führen und Geführtwerden’ bestimmt ist“, und suchte nach einer „neuen Art der Beziehung zwischen Führern und Geführten“ (ebd., S. 359). In der „Krise des modernen Staatsgedankens“ (B I) sowie in einigen begleitenden Artikeln und Broschüren (B II, 2-6) führte er diese Gedanken weiter. Nach seiner Meinung hat die Konzeption der klassischen Demokratie eine entscheidende Schwäche: sie beruht auf dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung und gibt den Massen einen sehr starken Einfluß, der wegen ihrer grundsätzlichen Inkompetenz zu falschen Entscheidungen führen kann (B I, S. 262). Weber entwickelte nun eine Theorie der politischen Willensbildung mit dem etwas unglücklichen Titel „nichtegalitäre Demokratie“ oder „Führerdemokratie“. Darin propagierte er eine „oligarchische Massenorganisation auf demokratischer Basis“, in der die „Führer“ – das Wort war in der Weimarer Republik noch nicht depraviert – alle Entscheidungen trafen, aber durch eine „demokratische Revision des Vertrauens“ kontrolliert würden (B I, S. 321). Sie sollten durch ihre geistige Überlegenheit und die „Wort- und Tatmagie“ ihrer starken Persönlichkeit versuchen, die Massen in ihrem Sinn zu beeinflussen und so ihrer notorischen Inkompetenz zu steuern (ebd., S. 262). Gegenüber der Kritik, wie sie Georg Lukács und neuerdings Hans Lietzmann geäußert haben und die Weber „Vorarbeit für die faschistische Ideologie“ bzw. die Neigung zu einer „konstitutionellen Diktatur“ vorgeworfen haben (Lukács 1954, S. 494; Lietzmann 1997, S. 279, S. 282), muß die demokratische Komponente von Webers Theorie hervorgehoben werden. Er verlangt das „Aufrechtbleiben des Freiheits- und Selbstbestimmungswollens“ der Massen (B I, S. 320) und grenzt sein Konzept ausdrücklich von totalitären Systemen wie Faschismus und

Nationalsozialismus ab: „[...] hier [in Italien wird] die Elite durch den Parteichef und seine Freunde aus der Masse ausgelesen, während die Auslese bei der Demokratie auf Grund eines komplizierten Vorgangs durch ein Zusammenwirken von Wählern und Führern geschieht.“ (B IV, 12). Weber besteht geradezu auf der aktiven Teilnahme der Bevölkerung am Prozeß der politischen Willensbildung, damit sie durch die Wahl der Führer die Macht der Parteiapparate begrenzt (B I, S. 320 f.). Eines wird deutlich: Weber interessiert in der Demokratie mehr die Auslese als die Entscheidungsfindung.² Dabei forderte er besonders die Berücksichtigung junger dynamischer Kräfte an Stelle der alten Parteihonoratioren (B IV, 3, 6, 9; B II, 5; Demm 1999a, S. 171 f.), – was von den demokratischen Parteien versäumt wurde (Mommsen 1985, S. 57 ff.).

Webers Demokratieverständnis ist an der angelsächsischen Konzeption der repräsentativen Demokratie orientiert, die in der Tat nur eine Konkurrenz von Führungsgruppen vorsieht, zwischen denen der Wähler alle vier Jahre entscheidet und denen er zwischen den Wahlen im allgemeinen freie Hand läßt. Nur die Spannung zwischen der von Rousseau kommenden Verfassungstheorie mit ihrer „Identität von Führern und Geführten“ und der politischen Praxis der Repräsentativdemokratie hat in Deutschland zu einem Mißverständnis der politischen Entscheidungsprozesse geführt, auch noch in den sechziger Jahren, worauf Ernst Fraenkel wiederholt hingewiesen hat (Fraenkel 1964, S. 6 ff.; Fraenkel 1974, S. 95 ff.). Joseph Schumpeter wird im Jahre 1942 dieser „Konkurrenztheorie“ die klassische Formulierung geben, aber es waren Alfred Weber und seine Kollegen vom „Weimarer Kreis“, einer Vereinigung verfassungstreuer Hochschullehrer, die sie bereits in den zwanziger Jahren propagiert haben (Döring 1975, S. 224; Demm 1990a, S. 304; Lietzmann 1997, S. 278). Noch heute rühmt der Verfassungsrechtler Theodor Eschenburg Webers Buch, das er als junger Student in den zwanziger Jahren gelesen hat und schreibt: „Damals war dieses Buch für mich eine Offenbarung, und noch heute sehe ich in der Konstruktion Alfred Webers die optimale Lösung des demokratischen Problems.“ (Eschenburg 1995, S. 182 f.).

Eine Frage wird allerdings in Webers Konzeption nicht ganz klar: Wer sollen nun eigentlich diese Führer sein? Einmal definiert er sie als „überragende geistige Elemente“ (B I, S. 320) und nennt Namen wie Nietzsche, Schopenhauer, Lassalle oder die Professoren der Paulskirche (B II, 1 S. 348), und man könnte an die Lehren Platons denken, nach der die besten Denker den Staat lenken sollten, – ein Ideal, das gerade bei vielen Intellektuellen der Weimarer Republik sehr verbreitet war (Kurucz 1967, S. 101 f.). Dazu paßt, daß er die Parteipolitiker nur als technische

² Dazu kritisch Struve 1973, S. 3 ff.; Bottomore 1977, S. 115.

Elemente bezeichnet, die für das gute Funktionieren der Demokratie sorgen und bei ihm häufig pejorativ als „Parteibonzen“ und „Parteibosse“ erscheinen (B I, S. 320) – eine Aversion, die sicherlich auf seine unangenehmen Erfahrungen in der DDP zurückgeht (Demm 1990a, S. 269 ff.). Andererseits differenziert er in seinem Artikel „Geist und Politik“ zwischen politischen und geistigen Führern (B II, 5), und die großen Führerpersönlichkeiten, die er bewundert, sind ganz traditionelle Parteipolitiker wie David Lloyd George oder Heinrich Brüning (B II, S. 350; B IV, 14).

Das Mißtrauen gegen die Massen und ein elitäres Weltbild, wie es Weber vertrat, wurden von vielen Zeitgenossen, gerade auch von Professoren und Politikern geteilt (Demm 1990a, S. 300), und die Begriffe „Führer“ und „Elite“ waren in der Weimarer Republik geradezu Modewörter (Struve 1973, S. 12). Das Bildungsbürgertum sah sich mit seinen Führungsansprüchen zwischen dem Kapital, den sog. Plutokraten, und dem Proletariat zerrieben und suchte nach einer Verteidigungsstrategie gegen den „Aufstand der Massen“. Gerade die Universitätsprofessoren waren daran interessiert, daß ihr überlegenes Wissen auch in der Politik berücksichtigt wurde (Ringer 1969, S. 5, S. 212). Dazu verpflichtete sie auch ihr besonderes Rollenverständnis, das in zahlreichen einschlägigen Autobiographien deutlich hervortritt. Insbesondere die Mandarine aus den Philosophischen, Juristischen oder Staatswissenschaftlichen Fakultäten, die mit ihren Fächern eine Leitfunktion beanspruchten, verstanden sich als „öffentliches Gewissen der Nation“ und als geistige Führer des Volkes, die die Unwissenden ewige Wahrheiten lehren und als Vertreter eines „politischen Wächteramtes“ auch den Staatsmännern politische Ratschläge erteilen sollten.³

Weber beschränkte sich nicht auf rein theoretische Erörterungen, sondern kommentierte als „geistiger Führer“ immer wieder die Tagespolitik (B IV, 6, 7, 14, 15), verteidigte die Republik und ihre Repräsentanten gegen ihre Kritiker (B IV, 8, 10; Demm 1999a, S. 193 ff.) und machte ganz praktische Vorschläge zu einer Reform der Verfassung, die die Weimarer Republik gegen ihre Widersacher stärken sollte. Da nach seiner Meinung die Staatsgewalt durch pluralistische Interessengruppen und Wirtschaftskräfte, durch Parteienpatronage und extremen Föderalismus geschwächt würde, forderte er die Errichtung eines starken unitarischen Staates (B I; B II, 2; B III, 6, 7; B IV, 12; Demm 1999a, S. 195 ff.). Er bezeichnete die häufigen Mißtrauensvoten des Reichstages gegen die Regierung als Parla-

³ Demm 1987, S. 306; die unpolitischen Aspekte des Rollenkonzeptes bleiben hier außer Betracht, vgl. dazu ebd., S. 304 f., S. 307 ff.; vgl. auch Schmidt 1986, S. 11, S. 17; zum Begriff der Leitfunktion ebd., S. 35, Meinecke 1922/1979, S. 249 ff.

mentsabsolutismus und regte an, die Macht der Regierung, d.h. vor allem des Kanzlers, nach dem Vorbild des britischen „Cabinet Government“ zu stärken. Damit antizipierte er bereits die moderne deutsche Kanzlerdemokratie, wie sie erst 1949 durch den Parlamentarischen Rat errichtet werden sollte (B II, 6; B IV, 7; Demm 1990a, S. 299 f., S. 236). Die starke Stellung des Reichspräsidenten, insbesondere seine Wahl durch das Volk, lehnte er als „politische Romantik“ scharf ab (Demm 1990a, S. 305). In manchen Fällen machte er allerdings eine Anleihe beim Neuen Nationalismus, so wenn er zum Beispiel die Freiheitsrechte „kollektivistisch“ zu fundieren suchte (B II, 4, 6; B IV, 4, 12; Demm 1999a, S. 173 f.).

Obwohl Weber wie viele seiner Generation Herzensmonarchist war, bekannte er sich von Anfang an als „Vernunftrepublikaner“ zur Republik (Demm, 1990a, S. 261 f.) und griff Kräfte, die auf eine Restauration der Monarchie hinarbeiteten, scharf an (B IV, 4 u. 11; B VI, 3; Demm 1999a, S. 174 f.). Die nationalsozialistische Ideologie lehnte er kompromißlos ab. „Welch ein Unsinn, aus Rassenideologie eine Weltanschauung zu machen“, hat er einmal gesagt.⁴ Zwar interessierten ihn gewisse Aspekte des italienischen Faschismus wie seine Sozialpolitik und das korporative Prinzip der Verschmelzung von Staat und Wirtschaft, er hatte auch Sympathien für die Persönlichkeit Mussolinis (B VI, 5; B VII, 6; Demm 1999a, S. 184; Demm 1999b), lehnte aber scharf die Unterdrückung aller Freiheiten in der faschistischen Diktatur ab (B IV, 4, 11; B I, S. 307 f., 322, 344; Demm 1999a, S. 184 ff.; Demm 1999b). Als sich ab 1930 die Machtübernahme Hitlers abzeichnete, verstärkte er seine Kampagne gegen die Faschisten und ihre Ableger in Deutschland und profilierte sich als einer der schärfsten Widersacher der Nationalsozialisten in Heidelberg.⁵ Zwar reiste Weber 1932 auf Einladung der Italiener zum faschistischen Jubiläumskongreß in Rom, benutzte aber diese Gelegenheit, um eindringlich vor einer expansionistischen Politik zu warnen – eine scharfe Absage an Mussolinis „Mare Nostro-Politik“.⁶

In der Außenpolitik schwankte Weber zwischen einer Orientierung der Deutschen nach Osten oder Westen (B V; B VI, 5; Demm 1999a, S. 205 ff.), protestierte scharf gegen die Bedrückung seines Landes durch die übermächtigen Sieger (B VI, 1-5; Demm 1999a, S. 201 ff.) und suchte durch ein persönliches Treffen mit Masaryk Zugeständnisse für Deutsch-

⁴ Demm 1993, S. 20; vgl. zum folgenden Demm 1999a, S. 175 ff., S. 184 ff.; Demm 1999b.

⁵ B IV, 12, 13; B III, 6; Weber et al., Examensfragen an Hitler, in: AWG 5; Elias 1990, S. 31; Demm 1999a, S. 178; Demm 1999b.

⁶ B VII, 6; Weber, Krise des europäischen Menschen, in: AWG 8; Demm 1999a, S. 187 ff.; Demm 1999b.

land zu erreichen, distanzierte sich aber schließlich völlig von seinem einstigen Freund (B VI, 4; Demm 1999a, S. 208 ff.). Von 1925 bis 1933 war er Vizepräsident der deutschen Sektion des „Europäischen Kulturbundes“, der die vom Krieg her verfeindeten Völker Europas durch Kongresse und Vorträge führender Vertreter des geistigen Lebens miteinander versöhnen sollte (Müller 1997, S. 385 ff.). In dieser vom österreichischen Prinzen Karl Anton von Rohan gegründeten Organisation sowie in dessen Zeitschrift „Europäische Revue“ fand Weber eine wichtige Plattform, auf der er seine europapolitischen Vorstellungen einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen konnte. Sein Hauptziel war, auf dem Weg über eine europäische Zusammenarbeit die Revision des Friedensvertrags von Versailles und die Gleichberechtigung Deutschlands im europäischen Mächtekonkordat durchzusetzen. Gegenüber den europäischen Föderationsplänen des Grafen Richard von Coudenhove-Kalergi und des französischen Außenministers Aristide Briand bestand Weber nach einigem Zögern im Jahre 1925 (B I, S. 343) auf der Priorität des Nationalstaats, proklamierte aber eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa sowie die Errichtung einer europäischen Freihandelszone (B VII, 1-5; Demm 1999a, S. 211 ff., S. 214 ff.).

In der Hochschulpolitik regte er anfangs eine weitgehende Demokratisierung der Hochschulen an (B VIII, 1) und setzte sich theoretisch, aber auch in der Praxis seiner Lehre dafür ein, die autoritäre Wissensvermittlung der Vorlesungen durch das diskutative Prinzip der Seminare zu ersetzen (B VIII, 10; Demm 1999a, S. 194 ff.). Seine Forderungen nach einer intensiven Politisierung der Studentenschaft waren so brisant, daß sie noch 1968 von den protestierenden Studenten der Universität Heidelberg als Flugblatt verbreitet wurden (B VIII, 11; Hildebrandt 1989, S. 94). Als sich infolge der galoppierenden Inflation die finanzielle Lage der deutschen Intellektuellen rasant verschlechterte, wies er ab 1920 in der Öffentlichkeit auf diese „Not der geistigen Arbeiter“ hin und warnte vor ihren dramatischen Konsequenzen für das Bildungsniveau in Deutschland (B VIII, 2-4; Demm 1999a, S. 160 ff.) – nicht ohne Erfolg, denn die Regierung erhöhte tatsächlich die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung, nicht zuletzt die Professorengehälter, beträchtlich (Kunz 1982, S. 356 f., S. 386 ff.; Jansen 1992a, S. 66 ff.; Jansen 1992b, S. 27 ff.). In Öffentlichkeit und Hochschule trat Weber dem sich verschärfenden Rassismus und Antisemitismus mutig entgegen,⁷ er habilitierte und berief an sein „Institut für Sozial- und Staatswissenschaften“ (InSoSta) zahlreiche befähigte Juden und Sozialdemokraten – gegen den nachdrücklichen Widerstand

⁷ B IV, 2; vgl. auch Weber, Judentaufen, in: AWG 8; Demm 1992, S. 109 ff.; Demm 1999a, S. 181 ff.; Demm 1998c; Demm 1999b.

antisemitischer Kollegen (Demm 1999a, S. 21 ff.; Demm 1999b), so daß dort schließlich fast die Hälfte der Lehrkräfte Konfessions- oder getaufte Juden waren, ein in der deutschen Hochschullandschaft einmaliger Prozentsatz (Jansen 1997, S. 25 ff.). Weber förderte ebenfalls den Studentenaustausch mit dem Ausland, insbesondere mit den USA und Frankreich, und setzte sich energisch für die Errichtung des von südwestdeutschen Verlegern gesponserten Zeitungsinstituts an der Ruperto-Carola ein (B VIII, 8-9; Demm 1997, S. 105 ff.; Demm 1999a, S. 124 ff., S. 128 ff.).

Als Hitler in Deutschland die Macht übernahm, suchte Weber durch einen spektakulären Widerstand der ersten Stunde – im März 1933 protestierte er gegen die widerrechtliche Hissung von Hakenkreuz- und schwarz-weiß-roten Fahnen auf öffentlichen Gebäuden und ließ die Hakenkreuzfahne von seinem Institut entfernen – seine Mitbürger aufzurütteln, die Freiheiten der Weimarer Republik zu bewahren und die Entwicklung der Kanzlerschaft Hitlers zu einer totalitären Diktatur zu verhindern.⁸ Als er damit keinen Erfolg hatte und feststellen mußte, daß die Gleichschaltung von Gesellschaft und Universität so nicht aufzuhalten war, beantragte er Beurlaubung und vorzeitige Emeritierung und ging in die innere Emigration – eine konsequente Verweigerung gegenüber den neuen Machthabern und ein Akt des Widerstands.⁹ In der Folgezeit spielte er den NS-Machtparat mehrfach erfolgreich aus (Demm 1999a, S. 230 ff.; Demm 1999b) und schloß sich 1943 über seine Schüler Emil Henk, Carlo Mierendorff und Theodor Haubach der Widerstandsbewegung an.¹⁰ Politische Bücher und Artikel veröffentlichte er erst wieder nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches im Frühjahr 1945 (AWG 9).

2. Editorischer Teil

Die einzelnen Beiträge waren in editorischer Hinsicht von unterschiedlicher Qualität: manche waren gründlich lektoriert, andere wiederum wiesen zahlreiche Druckfehler auf, aber auch Irrtümer, Fehler in Orthographie, Wortwahl und Satzbau, die zum Teil auf Weber selbst zurückgingen. Druck- und Zeichensetzungsfehler wurden stillschweigend berichtigt, Abkürzungen aufgelöst, orthographische Anachronismen, die bereits

⁸ B IV, 16-17; Demm 1982c, S. 69 ff.; Nutzinger 1992, S. 117 ff.; auf die Kontroverse mit Klingemann 1996, S. 110 ff., kann ich hier nicht eingehen, vgl. Demm 1998a, S. 23 ff.; Demm 1999b.

⁹ Zur Definition Roon 1987, S. 19 ff.

¹⁰ Ebd., Weber, Ein paar Worte nur, in: AWG 9; Demm 1984b, S. 258.

zum Zeitpunkt der ersten Drucklegung nicht mehr korrekt waren, ebenfalls verbessert, so daß nur wenige noch in den zwanziger Jahren übliche Schreibweisen wie „Bureau“ oder „innerpolitisch“ beibehalten wurden. Ausgesprochene Fehler in Satzbau oder Wortwahl wurden korrigiert, aber entweder durch eckige Klammern oder durch Anmerkungen gekennzeichnet. In einem Fall konnte dabei die eigenhändige Korrektur Webers eines bereits publizierten Artikels verwendet werden.

Problematisch war Webers Zitierweise. Er zitierte häufig aus dem Gedächtnis und irrte sich daher nicht selten, gab unvollständige oder sogar falsche Buchtitel und Daten an, in manchen Fällen, besonders bei französischen Texten, verdrehte er die Aussagen zitierter Autoren geradezu in das Gegenteil, was vielleicht mit seinen starken Antipathien gegen Frankreich, wohl auch mit unzureichenden Sprachkenntnissen zusammenhing (siehe unten S. 262, 271, 524 f. mit Anm. 40, 31, 5; Demm 1999a, S. 201 ff.). Auch weniger geläufige ausländische Namen wurden von ihm zuweilen völlig verballhornt. Bei allen Verbesserungen wurde die Schreibweise des Originals durch Anmerkungen gekennzeichnet. Webers eigene Anmerkungen waren spärlich und häufig unvollständig. Die Zitate wurden jeweils nachgewiesen, was allerdings in einigen wenigen Fällen nicht gelungen ist. Ferner mußten verschiedene dem heutigen Leser nicht immer verständliche Personen und Begriffe kurz erläutert werden. Verschiedene Texte sind zum ersten Mal aus dem Nachlaß publiziert. Bei Nachdruck von bereits anderweitig veröffentlichten Texten wurden erneute Verweise auf Handschriftenvarianten nicht mehr aufgenommen. Jahreszahlen in runden Klammern nach dem Titel bezeichnen das Datum des ersten Drucks, gegebenenfalls zusätzlich des Nachdrucks, Jahreszahlen in eckigen Klammern verweisen auf das Datum der Entstehung. Titel in eckigen Klammern stammen vom Herausgeber.

Manche Reden Webers sind in mehreren Fassungen überliefert. In einem Fall wurde ein synoptischer Nachdruck gewählt, sonst wurden sie hintereinander abgedruckt und entsprechend durch Zahlen gekennzeichnet.

Der kritische Apparat wurde folgendermaßen differenziert: Einleitungen und verbindende Kommentare von fremder Hand erscheinen in Normalschrift in eckigen Klammern, solche des Herausgebers sind kursiviert. Eigene Anmerkungen Webers erscheinen in Normal-, Anmerkungen des Herausgebers in Kursivschrift; wenn sie Webers lückenhafte Anmerkungen vervollständigen, zusätzlich in eckigen Klammern. Zitate und Literaturnachweise wurden grundsätzlich nach älteren Editionen nachgewiesen, die Weber benutzt haben könnte, was infolge der schwierigen Bibliothekslage aber nicht in allen Fällen möglich war. Literaturangaben des Herausgebers, jeweils als Kurztitel angegeben, wurden auf ein Mindest-

maß beschränkt und beziehen sich in fast allen Fällen auf Sekundärliteratur zu Weber selbst. Buchstabenanmerkungen beziehen sich auf falsche Schreibweise im Original.

Ich danke meinen Mitherausgebern Richard Bräu, Hans Nutzinger und Walter Witzenmann sowie Eike Wolgast, Universität Heidelberg, für wichtige Anregungen, Robert C. Holub, University of California, Berkeley, für seine Hinweise bei der Ermittlung einiger Zitate, Frau Monika Altgeld, Leiterin der Bibliothek des Alfred Weber-Instituts an der Universität Heidelberg, für ihre Hilfe vor Ort, Frau Korn, Sekretärin von Hans Nutzinger, für die EDV-Vorbereitung der Frakturtexte, und meiner Privatassistentin Nathalie Chamba für ihre aufopfernde Unterstützung bei der Edition dieses Bandes. Dem Universitätsarchiv, der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek sowie dem Alfred Weber-Institut, alle Heidelberg, danke ich für die Erlaubnis zum Abdruck einiger Dokumente.

Lyon und Berlin im Februar 1999

Eberhard Demm

Verzeichnis der zitierten Literatur

- AWG 5: Alfred Weber-Gesamtausgabe, Bd. 5: Wirtschafts- und Sozialpolitik (1897-1932), hg. von Hans G. Nutzinger, Marburg 1999.
- AWG 8: Alfred Weber-Gesamtausgabe, Bd. 8: Kultur- und Geschichtssoziologie (1909-1958), hg. von Richard Bräu, Marburg 1999.
- AWG 9: Alfred Weber-Gesamtausgabe, Bd. 9: Politik im Nachkriegsdeutschland (1945-1958), hg. von Eberhard Demm, Marburg 2000.
- Ackermann, Albrecht (1986): Das Institut für Zeitungswesen an der Universität Heidelberg 1927-1945, in: Rüdiger vom Bruch und Otto B. Roegele (Hg.), Von der Zeitungskunde zur Publizistik, Frankfurt, S. 143-180.
- Becker, Hartmuth (1994): Die Parlamentarismuskritik bei Cal Schmitt und Jürgen Habermas, Berlin.
- Blomert, Reinhard und Hans-Ulrich Eßlinger (1997) (Hg.): Heidelberger Sozial- und Staatswissenschaften. Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zwischen 1918 und 1958, Marburg.
- Böckenförde, Ernst Wolfgang (1972): Der Verfassungstyp der deutschen konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert, in: Böckenförde (Hg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815-1918), Köln, S. 146-170.
- Bottomore, Tom B. (1977): Elites and Society, Harmondsworth.

- Cohen, Gary B. (1981): *The Politics of Ethnic Survival: Germans in Prague 1861-1914*. Princeton.
- Demm, Eberhard (1982a): Thomas Mann und Alfred Weber im Ersten Weltkrieg. In: *Études Germaniques* 37, S. 34-46.
- Demm, Eberhard (1982b): Brief Thomas Manns an Alfred Weber vom 31. August 1915. Ebd., S. 47-49.
- Demm, Eberhard (1982c): Zivilcourage im Jahre 1933 – Alfred Weber und die Fahnenaktionen der NSDAP. In: *Heidelberger Jahrbücher* 26, S. 69-80.
- Demm, Eberhard (1983): Alfred Weber und sein Bruder Max. In: *Kölnner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 35, S. 1-28.
- Demm, Eberhard (1984a): Friedrich von der Ropp und die litauische Frage 1916-1919. In: *Zeitschrift für Ostforschung* 33, S. 16-56.
- Demm, Eberhard (1984b): Alfred Weber. In: Michael Bosch und Wolfgang Niess (Hg.), *Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933-1945*, Stuttgart, S. 101-115.
- Demm, Eberhard (1986a): Alfred Weber im Ersten Weltkrieg. In: ders. (Hg.), *Alfred Weber als Politiker und Gelehrter. Die Referate des ersten Alfred Weber-Kongresses in Heidelberg*. Stuttgart 1986, S. 11-21.
- Demm, Eberhard (1986b): Die Deutsch-Litauische Gesellschaft (1917-1918). In: Jahrestagung 1985. Veröffentlichungen des Litauischen Kulturinstituts. Lampertheim, S. 87-107.
- Demm, Eberhard (1987): Autobiographie und Rollenzwang. Autobiographische Zeugnisse deutscher Universitätsprofessoren aus dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: *Annali di Sociologia/Soziologisches Jahrbuch* 3, S. 299-323.
- Demm, Eberhard (1988a): Les thèmes de la propagande allemande en 1914. In: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 150, S. 3-16.
- Demm, Eberhard (1988b): Max und Alfred Weber im Verein für Sozialpolitik. In: Wolfgang J. Mommsen und Jürgen Osterhammel (Hg.), *Max Weber und seine Zeitgenossen*, Göttingen, S. 119-136.
- Demm, Eberhard (1990a): Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920. Schriften des Bundesarchivs Bd. 38, Boppard 1990.
- Demm, Eberhard (1990b): Une initiative de paix avortée. Lord Lansdowne et le Prince Max de Bade. In: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 159, S. 5-20.
- Demm, Eberhard (1992): Le philo-Semitismisme en Allemagne a-t-il existé ? Les théories d'Alfred Weber et de Werner Sombart sur le peuple juif. In: Actes du XXIVème Congrès de l'AGES les 24-26 mai à Saint-Étienne, Saint-Étienne, S. 109-118.
- Demm, Eberhard (1993): Geist und Politik – die Konzeption der Führerdemokratie Alfred Webers. In: Manfred Gangl und Hélène Roussel (Hg.), *Les intellectuels et l'État sous la République de Weimar*, Paris, S. 13-23.
- Demm, Eberhard (1995): Geist und Politik – Alfred Webers Beitrag zu Theorie und Praxis der deutschen Nachkriegspolitik. In: Nutzinger 1995, S. 57-112.

- Demm, Eberhard (1996): Alfred Webers „Freier Sozialismus“. In: Jürgen C. Heß, Hartmut Lehmann und Volker Sellin (Hg.), Heidelberg 1945, Stuttgart, S. 329-347.
- Demm, Eberhard (1997): Alfred Weber als Wissenschaftsorganisator. In: Blomert/Eßlinger, S. 93-111.
- Demm, Eberhard (1998a): Hat sich Alfred Weber mit dem NS-Regime „akkommodiert“ ? In: *Soziologie* 1, S. 23-27.
- Demm, Eberhard (1998b): Alfred Weber – Theoretiker des modernen deutschen Liberalismus. In: Jolanda Rothfuss et al. (Hg.), Konstanten für Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Walter Witzenmann, Bd. 3, Konstanz, S. 145-160.
- Demm, Eberhard (1998c): Philosemitism and Antisemitism: Nietzsche, Sombart, Alfred Weber, in: Edward Timms (Hg.), *The German-Jewish Dilemma*, London 1998 (im Druck)
- Demm, Eberhard (1999a): Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. Der politische Weg Alfred Webers von 1920 bis 1958. Schriften des Bundesarchivs Bd. 51, Düsseldorf.
- Demm, Eberhard (1999b): Alfred Weber und die Nationalsozialisten. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*. (im Druck)
- Döring, Herbert (1975): *Der Weimarer Kreis*, Meisenheim.
- Elias, Norbert (1990): *Norbert Elias über sich selbst*, Frankfurt.
- Eschenburg, Theodor (1995): *Also hören Sie mal zu. Geschichte und Geschichten 1904-1933*, Berlin.
- Fischer, Fritz (1984): *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf, Nachdruck der Ausgabe von 1967.
- Fraenkel, Ernst (1964): *Strukturdefekte der Demokratie und ihre Überwindung*, in: ders. und Kurt Sontheimer, *Zur Theorie der pluralistischen Demokratie*, Bonn.
- Fraenkel, Ernst (1974): *Deutschland und die westlichen Demokratien*, 4. Aufl. Stuttgart.
- Gottschalk, Regina (1969): *Die Linksliberalen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik*, Diss. phil. Tübingen.
- Gottwald, Herbert (1977): *Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Mitteleuropakonzeption der herrschenden Klassen in Deutschland von der Jahrhundertwende bis 1918*, in: *Jahrbuch für Geschichte* 15, S. 145-189.
- Hildebrandt, Dietrich (1989): „... und die Studenten freuen sich!“ *Studentenbewegung in Heidelberg 1967-1973*, Diss. phil. Heidelberg.
- Jansen, Christian (1992a): *Vom Gelehrten zum Beamten. Karriereverläufe und soziale Lage der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1933*, Heidelberg.
- Jansen, Christian (1992b): *Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935*, Göttingen.
- Jansen, Christian (1997): *Das Institut der Außenseiter*, in: Blomert/Eßlinger 1997, S. 25-54.

- Kindt, Werner (1963): (Hg.), Grundschriften der deutschen Jugendbewegung, Köln und Düsseldorf.
- Kindt, Werner (1968): Die Wandervogelzeit. Quellenschriften zur deutschen Jugendbewegung 1896-1919, Köln und Düsseldorf.
- Klingemann, Carsten (1996): Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg am Ende der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus, in: ders., Die Soziologie im Dritten Reich, Baden-Baden, S. 110-159 (zuerst 1990).
- Kunz, Andreas (1986): Civil Servants and the Politics of Inflation in Germany 1914-1924, Berlin und New York.
- Kurucz, Jenö (1967): Struktur und Funktion der Intelligenz während der Weimarer Republik, Bergisch Gladbach.
- Lange-Kirchheim (1986): Alfred Weber und Franz Kafka. In: Eberhard Demm (Hg.), Alfred Weber als Politiker und Gelehrter, Stuttgart 1986, S. 113-149.
- Lietzmann, Hans J. (1995): Kontinuität und Schweigen. Über die Fortwirkung Alfred Webers und seiner politischen Theorie in der westdeutschen Politikwissenschaft. In: Nutzinger 1995, S. 137-159.
- Lietzmann, Hans J. (1997): Carl Joachim Friedrich. Ein amerikanischer Politikwissenschaftler aus Heidelberg, in: Blomert/Eßlinger 1997, S. 267-290.
- Luckemeyer, Ludwig (1973): Die Deutsche Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung 1918-1919, Diss. phil. Gießen.
- Lukács, Georg (1954): Die Zerstörung der Vernunft, Berlin.
- Meinecke, Friedrich (1922/1979): Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik, in: ders., Werke, Bd. 9, hg. von Eberhard Kessel, Stuttgart, S. 476-508, zuerst in HZ 125, 1922.
- Mommsen, Hans (1985): Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik, in: Thomas Koebner et al. (Hg.), „Mit uns zieht die neue Zeit“. Der Mythos Jugend, Frankfurt, S. 50-67.
- Müller, Guido (1997): Der Publizist Max Claus. Die Heidelberger Sozialwissenschaften und der „Europäische Kulturbund“ (1924/5-1933), in: Blomert/Eßlinger 1997, S. 369-409.
- Nutzinger, Hans G. (1995): (Hg.), Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte. Alfred Webers Entwurf einer umfassenden Sozialwissenschaft in heutiger Sicht, Marburg.
- Nutzinger, Hans G. (1996): Alfred Weber als Vertreter der „Inneren Emigration“, in: Ruperto-Carola 44, 1992, S. 117-132.
- Ringer, Fritz (1969): The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community 1890-1933, Cambridge, Mass.
- Roon, Gert van (1987): Widerstand im Dritten Reich, München.
- Schluchter, Wolfgang (1995): Max Weber und Alfred Weber. Zwei Wege von der Nationalökonomie zur Kulturosoziologie. In: Nutzinger 1995, S. 199-221.
- Schmidt, Gustav (1986): Gelehrtenpolitik und politische Kultur in Deutschland, In: Schmidt/Rüsen (Hg.), Gelehrtenpolitik, Bochum, S. 4-35.

- Schmitt, Carl (1923/1926): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 1. bzw. 2. Aufl. München und Leipzig.
- Spethmann, Hans (1928): Zwölf Jahre Ruhrbergbau, Bd. 1, Berlin.
- Stephan, Werner (1973): Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen.
- Struve, Walter (1973): Elites against Democracy. Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought 1890-1933, Princeton.
- Theiner, Peter (1983): Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860-1919), Baden-Baden.
- Thoma, Richard (1925/1977): Zur Ideologie des Parlamentarismus, in: Kurt Kluxen (Hg.), Parlamentarismus, Köln und Berlin, S. 54-58 (zuerst 1925).
- Ulmen, Gary L. (1991): Politischer Mehrwert. Eine Studie über Max Weber und Carl Schmitt, Weinheim.
- Zetterberg, Seppo (1978): Die Liga der Fremdvölker Rußlands 1916-1918, Helsinki.